

Landes-  
hauptstadt Kiel



## Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel  
Bestand Protokolle der Ratsversammlung  
Signaturen P II/64 fortlaufend

S t a d t K i e l  
Der Stadtpräsident

Kiel, den 18. Juli 1953

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,  
Montag, den 27. Juli 1953, 15.00 Uhr,  
Rathaus, Ratssaal.

- - -

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Antrag 1 der Kieler Gemeinschaft, Ratsherrenfraktion, betr. Verhalten der städtischen Beamten insbesondere gegenüber der Stadtvertretung - Drs. 402 -
- 2) Antrag 2 der Kieler Gemeinschaft, Ratsherrenfraktion, betr. Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sämtliche der Kieler Gemeinschaft angehörende ehrenamtliche Stadträte - Drs.402 -

S c h m i d t

Kiel, den 13. Juli 1953

Drucksache 402

An  
den Herrn Stadtpräsidenten Schmidt

K i e l  
Rathaus

Die unterzeichneten Mitglieder der Ratsversammlung der Stadt Kiel fordern auf Grund des § 5,3 der Geschäftsordnung die unverzügliche Einberufung der Ratsversammlung.

Wir stellen folgende Anträge an die Ratsversammlung:

Antrag 1:

Die Stadtvertretung erwartet von allen Beamten der Stadt Kiel, insbesondere von den hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats, daß sie - unbeschadet des selbstverständlichen Rechts freier politischer Betätigung - sich diejenige Zurückhaltung auferlegen, die auf Grund ihres Amtes als Anwalt der ganzen Kieler Bevölkerung unbedingt geboten ist, insbesondere sich jeder unsachlichen Angriffe gegen die Stadtvertretung und ihre Mitglieder enthalten.

Begründung

Der Kieler Oberbürgermeister G a y k hat als Bezirksvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein in seiner Rede vor dem Bezirksparteitag in Kiel am 4. Juli 1953, veröffentlicht in der Schl. Holst. Volkszeitung Nr. 154 vom 6. Juli 1953, über den nichtsozialistischen Teil der Kieler Ratsversammlung, die Fraktion Kieler Gemeinschaft, dem Sinne und dem Zusammenhang nach Behauptungen aufgestellt, die nur als schwere Verleumdungen aufgefaßt werden können. Sie bestehen darin:

1. Die Kieler Gemeinschaft (KG) im Kieler Rathaus wird durch die Bruderschaft "ferngesteuert".
2. Die KG stellt sich der Gegenrevolution zur Verfügung, d.h. sie erstrebt "die Diktatur im Tarnmantel der Demokratie".
3. Die KG wird vom Naumann-Kreis" an der Strippe gezogen".
4. Der der KG angehörende Stadtrat Dr. Sievers zählt zu denen, die "dem Bösen" und "der Bestialität" gedient haben, und benutzt jetzt seine politische Tätigkeit unter der Tarnung demokratischer Gesinnung, um die Demokratie zu unterwandern. Er ist nicht geeignet, eine humane Welt mitaufzubauen.

Auf den Brief der Ratsherren-Fraktion Kieler Gemeinschaft vom 6. Juli an den Oberbürgermeister Gayk, in dem er ersucht wurde, den Beweis für obige Behauptungen durch Nennung von Tatsachen

und Namen zu erbringen, hat er keine die Sache selbst betreffend Antwort gegeben. Vielmehr hat er sich auf seine Stellung als Bezirksvorsitzender der SPD zurückgezogen, die Fragen tönicht genannt, der KG Mangel an demokratischen Umgangsformen vor- geworfen und im übrigen erklärt, er habe jetzt Wichtigeres zu tun, nämlich seine Gesundheit für seine Aufgabe als Oberbürgermeister zurückzugewinnen.

Dieses ganze Verhalten zeigt, daß der Oberbürgermeister als Beamter der Stadt Kiel nicht die sachliche Zurückhaltung übt, die sein Amt von ihm verlangt. Er kann nicht auf der einen Seite als Oberbürgermeister zum "Geist echten Bürgersinns" auf- rufen und die kollegiale Zusammenarbeit im Rathaus betonen, andererseits als Parteivorsitzender den einen Teil der Be- völkerung gegen den anderen aufputschen und die nichtsozialisti- schen Mitglieder im Rathaus diffamieren.

#### Antrag 2:

Die Stadtvertretung bittet den Landes-Innenminister als kommunale Aufsichtsbehörde um Einleitung einer Disziplinar- untersuchung gegen sämtliche der Kieler Gemeinschaft ange- hörende ehrenamtliche Stadträte, nämlich Stadtrat Lühje, Stadtrat Dr. Rüdell, Stadtrat Schubert, Stadtrat Dr. Sievers.

#### Begründung

Die in der Begründung zu Antrag 1 aufgeführten Verleumdungen durch den Oberbürgermeister G a y k treffen in verstärktem Maße die der Kieler Gemeinschaft angehörenden ehrenamtlichen Stadträte. Sie haben ebenso wie Oberbürgermeister Gayk als hauptamtliches Magistratsmitglied als Ehrenbeamte einen Eid auf demokratische Führung ihres Amtes geleistet und werden vom Oberbürgermeister in seiner Rede staatszersetzender Um- triebe bezichtigt, Diese Vorwürfe sind so schwerwiegend, daß sie einer Untersuchung durch die Aufsichtsbehörde bedürfen. Hierauf legen die ehrenamtlichen Stadträte der KG schon von sich aus den größten Wert.

Boll	Eschenburg	Flenker
Fischer	Hartmann	Kascha
Kosak	Nolte	Ritter
Dr. Rüdell	Schubert	Dr. Sievers
Steinert	Lühje	Vormeyer
Wegener		

Anwesenheitsliste

Sitzung der Ratsversammlung vom:

27. Juli 1933

Lfd. Nr.	Name:	Unterschrift:
1.	Bendfeldt, Emil	Bendfeldt, E.
2.	Bendfeldt, Frieda	Bendfeldt, F.
3.	Boll	Boll
4.	Book	Book
5.	Brodersen	
6.	Engel	
7.	Eschenburg	Eschenburg
8.	Flenker	
9.	Fischer	
10.	Franke	Franke
11.	Graber	Graber
12.	Hansen	Hansen
13.	Hartmann	Hartmann
14.	Henkel	Henkel
15.	Hinz	Hinz
16.	Jung	Jung
17.	Kascha	Kascha
18.	Kletscher	
19.	Köster	Köster
20.	Kuhn	Kuhn
21.	+ Kowalewsky	
22.	Krüger	Krüger
23.	Langbehn	Langbehn
24.	Lüdemann	Lüdemann
25.	Lütgens	Lütgens
26.	Lüthje	Lüthje

Lfd.  
Nr.

Name:

Unterschrift:

- 27. Marth . . . *Marth*
- 28. Müller . . . *Müller*
- 29. Neumann . . . *Neumann*
- 30. Nolte . . . *Nolte*
- 31. Ohge . . . *Ohge*
- 32. Ratz . . . *Ratz*
- 33. Ritter . . . *Ritter*
- 34. Rüdell, Dr. . . . *Rüdell*
- 35. Schatz . . . *Schatz*
- 36. Schmidt . . . *Schmidt*
- 37. Schubert . . . *Schubert*
- 38. Sievers, Dr. . . . *Sievers*
- 39. Steinert . . . *Steinert*
- X 40. Stolze . . . *Stolze*
- 41. Thaddey . . . *Thaddey*
- 42. Thiede . . . *Thiede*
- X 43. Vormeyer . . . *Vormeyer*
- 44. Wegener . . . *Wegener*
- 45. Willumeit . . . *Willumeit*
- 46. Kossak . . . *Kossak*

*[Faint handwritten notes and signatures at the bottom of the page]*

Kurznotiz

über die außerordentliche Sitzung der Ratsversammlung  
am 27. Juli 1953.

Beginn: 15 Uhr

Ende: 16.15 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt

Schriftführer: Ratsherr Neumann

Anwesend: Stadträte: Frau Hinz, Köster, ~~Kowalewsky~~, Langbehn,  
Lüthje, Dr. Rüdell, Schatz, Schubert,  
Dr. Sievers, Thaddey, Thiede.

Ratsherren: Bendfeldt, Frau Bendfeldt, Book, Boll,  
~~Frau Brodersen~~, Kosak, Eschenburg, ~~Pi-~~  
~~scher~~, Flenker, Frau Franke, Graber,  
Frau Hansen, Hartmann, Henkel, Frau  
Jung, Kascha, ~~Kletscher~~, Krüger, Kuhn,  
Lüdemann, Lütgens, Marth, Müller, Neu-  
mann, Nolte, Ohge, Ratz, Ritter, Stei-  
nert, ~~Frau Stolze~~, ~~Vormeyer~~, Wegener,  
Willumeit.

Es fehlen  
entschuldigt:

Ratsherr Fischer, Ratsherr Vormeyer,  
Ratsherr Kletscher, Stadtrat Kowalewsky,  
Ratsherrin Brodersen, Ratsherrin Stolze.

Es fehlen  
unentschuldigt:

Ausschluß von Ratsherren  
wegen Befangenheit:

Anwesende  
des Magistrats:

~~Oberbürgermeister Gayk~~, Bürgermeister  
Dr. Fuchs, Stadtbaurat Jensen, ~~Stadtschul-~~  
~~rätin Jensen~~, Stadträte: ~~Borchert~~ und  
Voß.

Anwesende  
der Verwaltung

Mag. Dir, Koeppen, Mag. Ob. Räte Böttcher,  
Dr. Dabelstein, ~~Puls~~, Materne, ~~Dr. Zankl~~,  
~~Scheffler~~, Dr. Schröter, ~~Mag. Synd. v. Germer~~  
~~Mag. Rat Gabriel~~, Stadtmedizinalrat Dr.  
~~Papenberg~~, ~~Mag. Schulrat Dr. Schütze~~,  
~~Brandrat Holstein~~, ~~Intendant Noller~~, Mag.  
Baudirektoren: ~~Schroeder~~, ~~Willing~~, Mag.  
Ob. Bauräte ~~Sauer~~ u. ~~Schulze~~, Kulturrefe-  
rent ~~Brockmann~~, Referent Witte.

Ö f f e n t l i c h e     S i t z u n g

Die gestellten Anträge:

1. Die Stadtvertretung erwartet von allen Beamten der Stadt Kiel, insbesondere von den hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats, daß sie - unbeschadet des selbstverständlichen Rechts freier

politischer Betätigung - sich diejenige Zurückhaltung auferlegen, die auf Grund ihres Amtes als Anwalt der ganzen Kieler Bevölkerung unbedingt geboten ist, insbesondere sich jeder unsachlichen Angriffe gegen die Stadtvertretung und ihre Mitglieder enthalten.

Beschluß: *J. Lüthje*

~~Abgelehnt mit .....Stimmen gegen .....Stimmen  
bei .....Stimmenthaltungen~~

2. Die Stadtvertretung bittet den Landes-Innenminister als kommunale Aufsichtsbehörde um Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sämtliche der Kieler Gemeinschaft angehörende ehrenamtliche Stadträte, nämlich Stadtrat Lüthje, Stadtrat Dr. Rüdel, Stadtrat Schubert, Stadtrat Dr. Sievers.

Beschluß: Zu 1) und 2):

Für die Anträge stimmt kein Mitglied der Ratsversammlung.  
(Die KG hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt).

*[Signature]*  
Stadtpräsident

*[Signature]*  
Ratsherr

*[Signature]*  
Schriftführer

*komplette Kopie:*

Stadt Kiel  
Der Oberbürgermeister

Kiel, den 3. März 1953

Hauptamt

1.) Widerspruch

2.) II. Herr Stadtrat Hattpfug  
zurückgesandt.

(Gruß)

J. v.

*[Handwritten signature]*

(Dr. Fuchs)



Die Stadtvertretung bittet den Bundes-Innenminister als  
kommunale Aufsichtsbehörde um Einleitung einer Disziplinär-  
untersuchung gegen sämtliche der Kieler Gemainschaft ange-  
hörige ehrenamtliche Stadträte, nämlich Stadtrat Lohje,  
Stadtrat Dr. Rüböl, Stadtrat Schnepf, Stadtrat Dr. Sievers.

Beschluss: Zu I) und 2):

Für die Anfrage stimmt kein Mitglied der Raterversammlung.  
(Die XG hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt).

*[Faint signature]*  
Ratsherr

*[Faint signature]*  
Stadtratspräsident

*[Faint signature]*  
Schriftführer

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Ratsversammlung vom 27. Juli 1953,  
Rathaus, Ratssaal.

Beginn: 15.00 Uhr      Ende: 16,15 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Schmidt,

Stadträte: Frau Hinz, Köster, Langbehn, Lüthje,  
Dr. Rüdell, Schatz, Schubert, Dr. Sievers,  
Thaddey, Thiede.

Ratsherren: Bendfeldt, Frau Bendfeldt, Boll, Book,  
Eschenburg, Flenker, Frau Franke, Graber,  
Frau Hansen, Hartmann, Henkel, Frau Jung,  
Kascha, Kosak, Kuhn, Krüger, Lüdemann,  
Lütgens, Marth, Müller, Neumann, Nolte,  
Ohge, Ratz, Ritter, Steinert, Wegener,  
Willumeit.

Es fehlen entschuldigt: Stadtrat Kowalewsky,  
Ratsherren: Frau Brodersen, Fischer,  
Kletscher, Frau Stolze, Vormeyer.

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats sind  
anwesend: Bürgermeister Dr. Fuchs, Stadtbaurat  
Jensen, Stadtrat Voss.

Außerdem sind anwesend: Magistratsdirektor Koeppen,  
Magistratsoberräte Dr. Schröter,  
Dr. Dabelstein, Materne, Referent Witte.

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt

Schriftführer: Ratsherr Neumann

Schriftführergehilfe: Stadtinspektor Weiherich.

---  
S t a d t p r ä s i d e n t stellt fest, daß zur Ratsversamm-  
lung ordnungsgemäß eingeladen wurde und daß sie beschlußfähig  
ist. Er schlägt vor, die beiden Anträge der heutigen Tages-  
ordnung in einem Punkt zu behandeln.

Stadtrat Dr. R ü d e l widerspricht diesem Vorschlag und be-  
antragt, jeden Antrag für sich zu behandeln.

S t a d t p r ä s i d e n t erklärt sich einverstanden.  
Stadtrat S c h a t z beantragt zur Geschäftsordnung für die  
Behandlung der Drucksache 402 unbeschränkte Redezeit.

Es wird kein Widerspruch erhoben.

Stadtp r ä s i d e n t verliert eine ärztliche Bescheinigung von Oberarzt Dr. Hückstedt, Städt.Krankenanstalt, über den Gesundheitszustand des Oberbürgermeisters.

Anschließend verliert er ein Schreiben des Oberbürgermeisters, indem dieser mitteilt, daß sein Gesundheitszustand es nicht erlaube, an der Sitzung der Ratsversammlung teilzunehmen und mit dem er bittet, sein Fernbleiben zu entschuldigen.

Betrifft: 1) Antrag 1 der KG, Ratsherrenfraktion, betr. Verhalten der städtischen Beamten insbesondere gegenüber der Stadtvertretung - Drs. 402 -

Antrag: Die Stadtvertretung erwartet von allen Beamten der Stadt Kiel, insbesondere von den hauptamtlichen Mitgliedern des Magistrats, daß sie - unbeschadet des selbstverständlichen Rechts freier politischer Betätigung - sich diejenige Zurückhaltung auferlegen, die auf Grund ihres Amtes als Anwalt der ganzen Kieler Bevölkerung unbedingt geboten ist, insbesondere sich jeder unsachlichen Angriffe gegen die Stadtvertretung und ihre Mitglieder enthalten.

2) Antrag 2 der Kieler Gemeinschaft, Ratsherrenfraktion, betr. Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sämtliche der Kieler Gemeinschaft angehörende ehrenamtliche Stadträte - Drs. 402 -

Antrag: Die Stadtvertretung bittet den Landes-Innenminister als kommunale Aufsichtsbehörde um Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sämtliche der Kieler Gemeinschaft angehörende ehrenamtliche Stadträte, nämlich Stadtrat Lühje, Stadtrat Dr. Rüdell, Stadtrat Schubert, Stadtrat Dr. Sievers.

Stadtrat Dr. R ü d e l begründet Antrag 1) seiner Fraktion und geht auf den Sachverhalt ein, der zu den vorliegenden Anträgen der Kieler Gemeinschaft geführt hat. Es ist erstaunlich, daß Mitglieder der Ratsversammlung vom Oberbürgermeister der Stadt Kiel derartige Verleumdungen erfahren müssen. Auf das Schreiben der Kieler Gemeinschaft an den Oberbürgermeister, in dem Beweise verlangt wurden, kam ein Brief, der auf die Tatsachen nicht einging, sondern in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Äußerungen <sup>von ihm</sup> nicht als Oberbürgermeister, sondern als Parteivorsitzender getan wurden, und in dem vorgeworfen wurde, die Fragen seien töricht und bewiesen einen Mangel an demokratischen Umgangsformen. Es ist außergewöhnlich, daß der

Vorsitzende des Magistrats Magistratsmitglieder angreift, dafür fehlt uns jedes Verständnis. Wie will man eine Zusammenarbeit im Gemeinwesen erreichen, wenn man sich nicht scheut, mit derartigen Verleumdungen zu arbeiten. Die Kieler Gemeinschaft muß verlangen, daß der Oberbürgermeister für seine Äußerungen Beweise gibt. Bisher hat er nur ausweichende Antworten gegeben. Sprecher wirft die Frage auf, wo der Oberbürgermeister und wo der Parteivorsitzende anfängt. Nach seiner Meinung ist der Oberbürgermeister Beamter, ob es Tag oder Nacht ist. Er hätte sich dementsprechend zu benehmen und zu verhalten.

Der Antrag der KG geht dahin, daß der Oberbürgermeister als erster Beamter der Stadt Kiel dieselbe Zurückhaltung zu üben hat, die von jedem anderen Beamten verlangt wird, und eine klare Trennung zwischen Beamtenaufgaben und Parteiaufgaben zu finden hat. Wir verlangen, sagt Stadtrat Dr. Rüdell, daß der höchste Beamte des Hauses sich als Beamter fühlt. Daß er das selbe erkannt hat, geht aus der Rundverfügung Nr. 15 hervor, wo er den Beamten empfiehlt, sich zurückzuhalten. Ein demokratisches Staatswesen kann nur gedeihen, wenn die Beamten mehr Unparteilichkeit zeigen, besonders der Oberbürgermeister. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Beamten wissen und fühlen, daß sie für die ganze Bevölkerung da sind und nicht für eine Partei.

Stadtrat Dr. Rüdell beendet seine Ausführungen, indem er die Erwartung ausdrückt, daß die SPD dem Antrag der KG zustimmt und gemeinsam mit dieser dafür sorgt, daß die Beamten des Hauses in Zukunft sich mehr Zurückhaltung auferlegen.

*P* Stadtpresident bittet die Tribüne, Zeichen des Beifalls <sup>oder des Mißfallens</sup> zu unterlassen.

Ratsherr R a t z führt aus, daß der Grund dieser Ferienstörung die Rede des Bezirksvorsitzenden der SPD auf dem Bezirksparteitag ist. Er stellt fest, daß die KG den Ruf genießt, auf der kommunalpolitischen Ebene einmalige Dinge zu tun und erinnert an das Verhalten bei der Verabschiedung des Etats. Es gibt in der Parlamentsgeschichte der Kommunen nicht einen Fall, wo ein Kommunalpolitiker wegen einer politischen Rede, die er für seine Partei gehalten hat, zur Rechenschaft gezogen wird.

Der Oberbürgermeister ist politischer Wahlbeamter.

Ratsherr Ratz stellt weiter fest, daß er von dem Eindruck nicht loskommt, daß es sich bei dieser Angelegenheit um ein Sensationsbedürfnis handelt; obwohl er der Auffassung ist, daß eine parteipolitische Auseinandersetzung in diesem Hause nichts zu suchen hat, will die SPD-Fraktion der KG antworten.

Sprecher ist der Meinung, daß der Bezirksvorsitzende der SPD es nicht nötig hat, der Ratsversammlung gegenüber seine politische Überzeugung zu verteidigen. Wenn man den Bezirksvorsitzenden kritisieren will, so gibt es hierfür den Weg der öffentlichen politischen Versammlung.

Ratsherr Ratz bringt zum Ausdruck, daß er der Kieler Ratsversammlung vor 1933 und nach 1945 angehört habe. Daß aber eine solche Polemik, wie sie sich die KG geleistet hat, in der Ratsversammlung nicht vorgekommen ist. Nur dem entschlossenen Willen aller Ratsherren, zum Wohle der Stadt Kiel zusammenzuarbeiten, verdankt die Stadt Kiel ihren Wiederaufbau. Seit dem Einzug der KG in das Rathaus ist dieser Wille unterminiert worden, da die Parole der KG lautet: "Kampf gegen die Sozialdemokratie". Mit dieser Devise kann keine gesunde Kommunalpolitik gemacht werden. Es gibt keine Ratsversammlung, in der nicht die KG irgendeinen Angriff gegen den Oberbürgermeister oder ein anderes sozialdemokratisches Magistratsmitglied zu starten versucht.

Sprecher wirft der KG vor, daß sie bisher keinen positiven Vorschlag zum Wiederaufbau gemacht habe und keinen Grund gehabt hat, Vorschläge der SPD-Fraktion ernsthaft zu kritisieren. Die KG spielt den Beleidigten, weil sie anerkennen muß, daß die SPD-Fraktion mit ihrem Oberbürgermeister die motorische Kraft des Wiederaufbaues verkörpert. Sprecher stellt fest, daß dieser Aufbau noch lange nicht beendet ist und daß die Kieler Bevölkerung Vertrauen zum Oberbürgermeister hat, der der populärste und beliebteste Mann der Kieler Bevölkerung ist.

Ratsherr Ratz betont, daß er sich immer wieder gefragt hat, warum die KG sich so benimmt. Nach seiner Meinung ist die Ursache dieses Verhaltens in der Gründung der KG zu finden. Er geht auf Einzelheiten ein, die durch die Wahlanfechtung "Fister" bekanntgeworden sind und führt aus, daß die bürgerlichen demokratischen Parteien durch eine ganz kleine Gruppe, die in einer "Apothekerkammer" Platz hätten, überspielt worden sind. Eine nicht von den Bürgern kontrollierte Gruppe hat die Kandidaten vorgeschlagen.

Sprecher betont, daß die Art, wie die Kandidaten für die Ratsversammlung durch die KG ausgehandelt wurden, ein Hohn auf jede echte Demokratie ist. Ratsherr Ratz zitiert eine Stellungnahme von Ratsherrn Eschenburg zum Wahlbericht "Fister" und erinnert in diesem Zusammenhang an Ratschläge des Herrn Naumann zur Kommunalpolitik. Nach seiner Auffassung bereitet die KG, ebenso wie der Wahlblock, das politische Nichts vor, das in der totalitären Macht seinen letzten Ausdruck findet. Für die Vertreter der KG genüge schon allein der Verdacht, der SPD anzugehören, um die Eignung für Einstellungen oder Beförderungen zu bestreiten. Sprecher weist in diesem Zusammenhang auf die von Herrn Schubert nicht bestrittene Bemerkung hin, nach der diesereine besondere Kartei über diese Gruppe von Angestellten und Beamten im Rathaus führt.

Ratsherr Ratz stellt ferner fest, daß es praktisch das Symptom der "schwarzen Liste" ist, mit denen die NSDAP die Weimarer Republik unterminiert hat und ist überzeugt, daß jeder ehrliche Demokrat die Methode des Herrn Schubert verurteilt. Sprecher zitiert anschließend Ausführungen aus einer Naumannrede und folgert daraus, daß Politiker, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben, sich schon wieder regen und sammeln. Alle, denen es ernst ist um die deutsche Demokratie, sollten dem Sozialdemokraten Gayk für seine Analyse dieser Entwicklung danken. Die KG hat aus dem großen Zusammenhang dieser Ausführungen einige Sätze herausgerissen und ihnen einen Sinn unterschoben, den sie in dieser Vergrößerung nicht haben. Ratsherr Ratz verliest die Begründungen des Antrages 1 der KG zu Ziffer 1 + 3 und stellt demgegenüber fest, daß nur eine böswillige Auslegung der Ausführungen des Bezirksvorsitzenden eine solche Feststellung treffen kann. Sprecher verliest als Beweis die Ausführungen des Sozialdemokraten Gayk anläßlich des Parteitages. Auch zu Punkt 2 im Antrag 1 hat Ratsherr Ratz in den Ausführungen nichts gefunden, was zu dem Vorwurf der KG Anlaß geben könnte.

Zu Dr. Sievers gewandt, sagt Sprecher, daß nicht der Sozialdemokrat Gayk seinen Namen in Verbindung mit einem "Diener des Bösen und der Bestialität" gebracht habe, sondern daß dieses erst durch die Drucksache 402 der KG geschehen ist.

Nur politisches Sensationsbedürfnis könne ein solches Zerrbild aus den Ausführungen des Bezirksvorsitzenden der SPD machen. Sprecher beschäftigt sich sodann mit der Person von Dr. Sievers und stellt fest, daß es der SPD-Fraktion nicht übel genommen werden kann, wenn sie ihm kritisch gegenübersteht und der Meinung sei, daß er nicht Prototyp eines Politikers ist, der geeignet ist, die Bürger zu aufrechten Demokraten zu erziehen. Dr. Sievers hat die Möglichkeit, sich in der politischen Öffentlichkeit gegen alle Angriffe zu verteidigen. Grundsätzlich erklärt Ratsherr Ratz, daß alle Nationalsozialisten, die Menschen ins Unglück gebracht haben, die SPD als ihre Gegner betrachten können. Die übrige Führungsschicht sollte etwas kurz treten. Für alle anderen aber, ist der Weg frei zur demokratischen Mitarbeit. Wir müssen uns glücklich schätzen, daß wir in Kiel einen ehrlichen und aufrechten Demokraten als Leiter der städtischen Verwaltung haben. Die Bürger der Stadt wissen, was sie der Ratsversammlung und der starken Persönlichkeit unseres Oberbürgermeisters verdanken. Das müßte von allen anerkannt werden. Nur die KG-Fraktion hat diesen Mut nicht gehabt. Sprecher betont, daß das Urteil der KG über den Oberbürgermeister sich nicht mit dem Urteil der übergroßen Mehrheit der Kieler Bevölkerung deckt. Ratsherr Ratz stellt ferner fest, daß das Recht auf politische Betätigung dem Oberbürgermeister durch Grundgesetz und Landesgesetz garantiert ist und daß er hiervon in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender der SPD Gebrauch gemacht hat. Es ist nicht Aufgabe der Ratsversammlung, politische Zensuren zu üben. Sprecher betont in seinen weiteren Ausführungen, daß zu den gefährlichsten Kampfmethoden zur Zerstörung der Demokratie auch die systematische Herabsetzung der politischen Repräsentanten gehört hat. Die SPD-Fraktion kann das Gefühl nicht loswerden, als ob wir uns diesen unseligen Zeiten wieder mehr und mehr näherten. Vor den Folgen einer solchen Politik kann nicht rechtzeitig und eindringlich genug gewarnt werden. Aus allen diesen und vielen anderen Gründen hält die SPD-Fraktion die Anträge der KG nicht nur für unangebracht, sondern auch für gegenstandslos. Es besteht nach der Geschäftsordnung leider nicht die Möglichkeit, zur Tagesordnung überzugehen. Die SPD-Fraktion wird den Antrag als vollkommen unbegründet und überflüssig ablehnen. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß der Oberbürgermeister einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufputscht. Zum Antrag 2 ist Sprecher der Meinung, daß dieser eine Art

parlamentarischer Witz sei, die Ratsversammlung gar nicht zuständig ist, weil jeder Beamte ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragen kann. Der Antrag 2 ist daher für die SPD-Fraktion völlig uninteressant. Alle Vorwürfe treffen daneben und werden eindeutig zurückgewiesen. Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht bereit, sich von Personen über die Grundrechte der Demokratie belehren zu lassen, deren Opferbereitschaft im Kampf um die Erhaltung der Demokratie in der Vergangenheit ~~nicht~~<sup>nicht</sup> über jeden Zweifel erhaben ist.

Rats Herr Ratz erklärt zum Schluß, daß der Oberbürgermeister das volle Vertrauen seiner Fraktion besitzt und der Vorwurf, ein Teil der Bevölkerung würde gegen den anderen aufgeputscht, mit aller Schärfe zurückgewiesen wird. Oberbürgermeister Gayk besitzt das Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung.

Stadtrat S c h a t z meldet sich zur Geschäftsordnung und führt aus, daß der Sinn der heutigen Ratsversammlung ist, beide Fraktionen des Hauses ihre Auffassung zu dieser Drucksache zum Ausdruck bringen zu lassen. Er ist der Meinung, daß es nicht im Interesse der Stadt Kiel liegt, wenn die Debatte an dieser Stelle fortgesetzt wird und beantragt Schluß der Aussprache.

Stadtrat Dr. R ü d e l spricht gegen diesen Antrag und stellt fest, daß Stadtrat Schatz am Anfang der Sitzung den Antrag auf unbeschränkte Redezeit gestellt hat. Es ist unmöglich, daß nach dieser Propagandarede eine Vertagung eintritt.

S t a d t p r ä s i d e n t stellt fest, daß ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag gesprochen hat und daß nunmehr abgestimmt werden muß.

Stadtrat Dr. R ü d e l weist auf die noch vorliegenden Wortmeldungen hin.

S t a d t p r ä s i d e n t fordert auf, abzustimmen.

Stadtrat Dr. R ü d e l führt zur Geschäftsordnung aus, daß es seltsam, ja einmalig ist, daß eine große Wahlrede gehalten wird und dann der Gegenseite keine Möglichkeit zur Entgegnung gegeben wird. Wenn durch die Rede des Oberbürgermeisters die Zusammenarbeit im Rathaus empfindlich getroffen wurde, so stellt Dr. Rüdél fest, daß dieses Vorgehen der SPD-Fraktion

die Zusammenarbeit entscheidend beeinflußt. Es müßte der SPD außerordentlich unangenehm sein, wenn einer der KG zu Wort gekommen wäre, denn sonst wäre dieser heimtückische Plan nicht gebracht worden. Die KG-Fraktion wird eine neue Ratsversammlung verlangen.

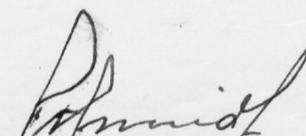
Stadtpräsident stellt fest, daß der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden ist. Sodann wird über den vorliegenden Anträge 1 und 2 der KG abgestimmt. Für den Antrag stimmt kein Mitglied der Ratsversammlung. Über den Antrag 2 wird nicht abgestimmt, da er nicht, wie der Stadtpräsident erklärt, zur Zuständigkeit der Ratsversammlung gehört. Ratsherr Eschenburg bittet, im Protokoll festzuhalten, daß sich die KG an der Abstimmung nicht beteiligt hat, weil die Aussprache nicht ordnungsmäßig zu Ende geführt worden ist.

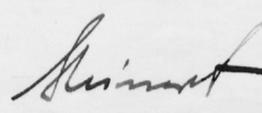
Stadtrat Schatz widerspricht der Auffassung von Ratsherrn Eschenburg und stellt fest, daß die SPD-Fraktion keine Schuld hat, wenn der Fraktionsredner der KG die Redezeit nicht zu den entsprechenden Darlegungen benutzt hat.

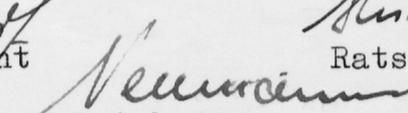
Ratsherr Eschenburg ruft Stadtrat Schatz zu:  
"Sie sind ein Fallensteller".

Ratsherr Hartmann bittet zur Geschäftsordnung um das Wort und führt aus, daß die Öffentlichkeit an der Sitzung ein großes Interesse hat und daß er sich daran gehalten hat, die Auseinandersetzung leidenschaftslos in vollem Umfange zu verfolgen. Es wäre einmalig in der Geschichte der demokratischen Selbstverwaltung, wenn eine große Fraktion, die auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen sich sowieso durchsetzen kann, eingangs den Eindruck erweckt, daß sie bereit ist, mit der KG unter Umständen bis zum Morgenkaffee zu bleiben, hinterher die Vertagung beantragt. Die KG hätte es für erforderlich gehalten, auf die Ausführungen von Herrn Ratz eine sachliche Erwiderung zu geben. Sprecher überläßt das Urteil über diese Handlungsweise der Kie-ler Bevölkerung.

Stadtpräsident schließt die Sitzung.

  
Stadtpräsident

  
Ratscherr

  
Ratscherr  
Schriftführer

*Bibbe wenden!*

30/17

Stadt Kiel  
Der Oberbürgermeister Kiel, den 6. Aug. 1953

- Hauptamt -

1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn Stadtrat W. Schmidt  
zurückgesandt.

J.V.

(An Sachs)

Stadt Kiel  
Der Oberbürgermeister Kiel, den 11.8.53

- Hauptamt -

1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn Stadtrat Präsident Schmidt  
zurückgesandt.

(Gayk)

Ratsherr

Stadtpresident

Ratsherr

Schritführer

Kiel, den 12. August 1953

- 1.) Eine Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 27.7.53 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

*erhalten Brauer*

- 2.) Auszüge werden nicht verteilt.

*12. 8. 53*

- 3.) Z.d.A.

*M.  
Laurig*